

Damit schließt die Berathung. Nach einer längeren Reihe persönlicher Bemerkungen geht die Vorlage an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern. Sonnabend Interpellation Ranitz, betr. die deutsch-amerikanischen Vertragsverhandlungen; Novelle zum Civil- und Strafprozeß und Wahlprüfungen.

Politische Umschau.

Freiburg, den 11. Februar.

Deutschland. In der Schloßkirche zu Friedenstein bei Gotha ist gestern Vormittag die Leiche des in Meran verstorbenen Erbprinzen Alfred von Sachsen-Coburg und Gotha beigesetzt worden. Vor dem Bahnhof hatte das 1. Bataillon des 95. Regiments Aufstellung genommen, das vor dem von zwölf Unteroffizieren getragenen Sarge präsentirte und sodann den Leichenkondukt eröffnete. Vor dem Sarge gingen die Geistlichkeit, der Oberhofmarschall, der Adjutant des Erbprinzen, Hauptmann Schmidt von Hirschfelde, mit den Orden und dem Leichpfand. Zur Seite des Leichenwagens gingen 24 Unteroffiziere und vier Kammerherren. Dem Leichenwagen folgten Herzog Alfred, die drei Schwäger des Erbprinzen, als Vertreter des Kaisers der Gesandte Prinz von Ratibor, der Vertreter der englischen Königin Sir Condie Stephen, für den König von Sachsen der Gesandte von Reichenstein, sowie Vertreter der Ernestinischen Höfe von Weimar, Meiningen und Altenburg. Die fremden Höfe waren gebeten worden, mit Rücksicht auf die tiefgebeugten Eltern von der Abwendung von Vertretern absehen zu wollen. Es schlossen sich an die Hofstaaten, das Ministerium, der Landtag, das Offiziercorps und Deputationen des hessischen Leibgarderegiments aus Darmstadt, des sächsischen Leibgrenadierregiments Nr. 100 aus Dresden, des ersten Garderegiments zu Fuß aus Potsdam, endlich Vertreter der Städte, Landes- und Gemeindebehörden. Der Zug bewegte sich durch die Bahnhofstraße, in der umföhrte Glühlampen brannten, zwischen einem Spalier der Vereine, Korporationen und der Schuljugend durch den Park nach Friedenstein zur Schloßkirche. Am Portal der schwarz ausgefärbten und mit Blattgold geschmückten Schloßkirche, aus welcher alle Bänke und Stände entfernt worden waren, erwarteten den Sarg die Mutter und Schwestern, die nach dessen Niederlegung vor dem Altar in der Loge Platz nahmen, während der Herzog und die übrigen Verwandten rechts und links vom Sarge Aufstellung nahmen. Nach Verlesung von Textworten aus der Bibel durch den Generalsuperintendenten Kreischmar und den Hofprediger Scholz erfolgte die Einsegnung der Leiche, worauf die Herzogin mit den Töchtern aus der Loge herabstiegen und bewegt Abschied nahmen. Unter Ehrensalven wurde sodann der Sarg in die Gruft durch eine innere des Schiffes am Fußboden hergestellte Defnung hinabgelassen.

Ueber die Krankheit des Grafen Caprivi gehen dem „Post. U.“ von sachmännischer Seite die folgenden Zeilen zu: Erlauben Sie mir, Ihrem Telegramm über den Tod des Grafen Caprivi einige Bemerkungen beizufügen, denn meinen Erinnerungen nach kann ich schwer annehmen, daß in Berlin Niemand wußte, daß der so rüstige und stattliche alte Herr krank sei. So viel ich weiß, ist Graf Caprivi schon über 12 Jahre krank gewesen; die ersten Anfänge seines Leidens — es war die Zuckerkrankheit — zeigten sich schon, als Caprivi das Marineministerium verließ, und noch im selben Jahre erschien Caprivi, als kommandirender General des X. Armeekorps in Hannover in der Kurliste gemeldet, an den heilbringenden Quellen Karlsbads. Als er dann zur Kur nach Karlsbad wiederkehrte, war er schon Reichskanzler; seine elegante hohe Gestalt war wohl die gleiche geblieben, sein Auftreten jedoch hatte an Elastizität der Bewegungen und an Rüstigkeit schon eine kleine Einbuße erlitten. Er erfolgte sich aber sichtlich in Karlsbad, obwohl er trotz des Kurgebrauchs durch mehrere Stunden täglich Amts- und Geschäftsstunde erlebte, und verließ Karlsbad sichtlich gekräftigt. In den letzten vier Jahren war Graf Caprivi nicht mehr in Karlsbad zu sehen — und ich glaube nicht, daß die Ausbreitung seiner Feinde, als hätte er ein Gehirnleiden gehabt, richtig ist. Sein jäher Sturz vom Kanzlerposten dürfte ihm seelisch sehr nahe gegangen sein, so daß er dann für seine Gesundheit nichts mehr unternehmen wollte, und da das Gemüth bei der Zuckerkrankheit eine große Rolle spielt, so ist ja der Schluss viel gerechtfertigter, daß Graf Caprivi an den Folgen dieses Leidens und nicht an einem Gehirnleiden zu Grunde ging. Genehmigen Sie zc. Budapest, 7. Februar 1899. Sanitätsrath Dr. Emerich Hertha, Brunnenarzt in Karlsbad.

Ein Unbustreich wird aus Kroffen gemeldet: In der Nacht zum Freitag wurden vom Grabe des verstorbenen Grafen Caprivi die Quasten der von dem Kaiser und dem König von Sachsen gespendeten Kränze gestohlen. Man nimmt an, daß die Diebe von außerhalb sind, und nicht aus Styren.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Auf die neue 3 Proz. Reichs- und Staatsanleihe (75 Millionen Reichs- und 125 Millionen preussischer Reichsmark) wurden gestern rund 4 Milliarden gezeichnet. Ein erheblicher Theil davon ist offenbar zu dauernden Anlagen bestimmt. An den Zeichnungen theilhaftig sind sowohl alle Theile des Reichs, wie auch in starkem Maße das Ausland. Das Ergebnis ist ein natürliches Zeugnis des Vertrauens in die Finanzlage Preussens und des Reichs und zugleich ein Ausdruck der Zuversicht in die Friedenspolitik Deutschlands.

In der Justiznovelle, die an Stelle des Boreides den Raub einführt, wird auch für einen erweiterten Schutz des Reichsgeheimnisses gesorgt durch die aus der neuen Militärstrafgerichtsordnung übernommenen Vorschriften, wonach Geistliche, die wegen dieses Reichsgeheimnisses das Zeugnis verweigern, von einer besonderen Glaubhaftmachung des Verweigerungsgrundes künftig befreit sein sollen und wonach im Uebrigen zur Glaubhaftmachung des Rechts der Zeugnisverweigerung die Verurtheilung an Eidesstatt genügen soll.

Die kürzlich angekündigte Vorlage des Reichskanzlers betr. die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin befindet sich schon seit einiger Zeit beim Bundesrath. Sie bezieht sich darauf, daß die Bewegung zu Gunsten der Zulassung immer mehr an Stärke und Umfang zunehme, und daß diese Forderung in den tatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen begründet erscheine. Außer dem medizinischen soll auch das zahnärztliche Studium sowie das Apothekergewerbe den Frauen freigegeben werden. Den jetzt bereits ohne Immatrikulation als „Hospitalantinnen“ die Vorlesungen besuchenden Frauen sollen ihre Semester angerechnet werden.

Ihre helle Freude äußert die liberale Presse darüber, daß der bisherige Landrath Hr. v. Hövel zum Regierungspräsidenten in Koblenz ernannt worden ist, weil Herr v. Hövel neben seiner fachlichen Befähigung zur Führung dieses Amtes doch im Grunde das viel größere Verdienst hat, namentlich „der vierte katholische Regierungspräsident“ in Preußen zu sein.

Auf welcher Stufe diese Klippfelsenbetrachtung steht, wenn man einmal das Lächerliche des heißen Paritätsbemühens hervorheben will, zeigt sich in dem Rasenstüber, den die „Germania“ dem „Reichsanzeiger“ verleiht, weil er es „auffallenderweise“ unterlassen hat, Herrn v. Hövel — den Titel Geh. Regierungsrath beizusetzen, der ihm seit einer Reihe von Jahren verliehen sei. Auch darüber zeigt sich das liberale Gemüth erfreut, daß in der Person des Oberpräsidenten Wallraf seit Dezember vorigen Jahres endlich wenigstens ein Katholik „sich in der näheren Umgebung des Herrn Oberpräsidenten Rasse befindet.“ Man sollte meinen, das wären zwei Erfolge der jüngsten „Paritätsbestrebungen“ des Centrums; doch weit gefehlt. Können wir denn in unseren Paritätsbestrebungen gar keinen Schritt weiter kommen?“ ruft ärgerlich die „Germania“ aus — weil in Frier Herr zur Redden das Regierungs-Präsidium übernimmt: und Herr zur Redden ist Protestant. Werden also zwei Regierungs-Präsidenten in einer Provinz besetzt und erhält das eine ein Katholik, das zweite ein Protestant, so ist damit den „Paritätsbestrebungen“ noch lange nicht genug gethan.

Eine Reichstagsnachwahl hat im 2. Berliner Wahlkreise stattgefunden, da der am 16. Juni 1898 gewählte Rentner Kreiting (frei. Volkspartei) nach der Ungültigkeitserklärung seiner Wahl durch die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages das Mandat niedergelegt hat. Der früher stets freisinnig vertretene Wahlkreis ging 1893 an die Sozialdemokraten verloren. Am 16. Juni 1898 wurden gewählt für den Sozialdemokraten Schriftföhrer Fischer 26269, für Kreiting 16127, für den konservativen Oberpostamtsdirektor Stockmann 11359, für den liberalen Legationsrath a. D. von Kehler 755, für den polnischen Schriftsteller Wawrzymial 91 Stimmen. In der Stichwahl standen nach der amtlichen Feststellung 28562 Stimmen für Kreiting, 28547 für Fischer gegenüber. Eine genauere Zählung hat nunmehr aber ergeben, daß Kreiting in der That vier Stimmen an der Mehrheit fehlten; so daß auf Neue zur Wahl geschritten werden muß.

Bei der Rürnbergcr „Elektrizitäts-Aktiengesellschaft“ vormals Schuder & Co.“ ist gestern Vormittag ein Arbeiterausstand ausgebrochen. Ein widerwärtiger Former wurde entlassen, worauf etwa 100 Former in den Ausstand traten. Der Betrieb erleidet keinerlei Einschränkung.

Oesterreich. Die bekannten Auslassungen des tschechischen Abgeordneten Dr. Kramarcz gegen den Dreibund, den er in einem französischen Blatte als ein altes, abgeplantes, für die Kumpellammer reiches Zugzwilber bezeichnete, werden in Berliner politischen Kreisen um so übler vermerkt, da man weiß, daß Kramarcz eine der Hauptstützen der Regierung des Grafen Thun ist. Dieser zieht ihn, wie die „Köln. Ztg.“ hervorhebt, bei jeder Konferenz mit den Führern der Rechten zu. Graf Thun wird sich nicht wundern dürfen, wenn von den dreibundfeindlichen Auslassungen dieses Czeden auf seine eigene Feindsinnung Rückschlüsse gemacht werden. Man kann eben nicht zwei Herren dienen; wer sich mit Deutschlands erbittertesten Feinden verbündet, kann nicht Deutschlands ehrlicher Freund sein. — Und was sagt Kaiser Franz Josef zu solchen Treibereien?

Frankreich. Deputirtenkammer. Das Haus und die Tribünen sind überfüllt, es herrscht lebhafteste Bewegung. Auf der Tagesordnung steht die Berathung der Vorlage, welche der Kriminalkammer die Revisionsverhandlungen nehmen will. Der Ministerpräsident Dupuy verlangt die Tringlichkeit der Berathung, welche ohne Widerspruch beschlossen wird. Der Berichterstatter Renault-Worliere erklärt, die Kommission habe den Gesetzentwurf abgelehnt, weil derselbe ein Gelegenheitsgesetz sei. Wenn man Gelegenheitsgerichtshöfe schaffen könne, so gebe es für Niemand mehr eine Sicherheit. Derartige Anträge hätten immer Entrüstung hervorgerufen. Der Redner wünscht zu wissen, welche Gründe für die Einbringung des Gesetzentwurfes vorlägen, da sich doch die Anschuldigungen Duesnay de Beaurepaire als unbegründet erwiesen hätten. (Weisfall und Widerspruch.) Die Vorlage setzte die Deputirtenkammer an die Stelle des höchsten Gerichtshofes in einer Angelegenheit, die eine rein juristische sei, und sie verletzten den Grundsatz der Trennung der Gewalten. Die Untersuchung Mazeaus habe ergeben, daß die Rätze der Kriminalkammer vollkommen rechtfertigen gehandelt haben, die Regierung selbst habe dies anerkannt, es sei also unmöglich, ihnen die Aufgabe zu nehmen, deren sie sich würdig gezeigt hätten. (Weisfall und Zwischenrufe.) Die Vorlage würde nicht zu einer Verhütung führen, sie würde nur lange Verzögerungen mit sich bringen: sie sei ein Akt der Schwäche, unnütz und gefährlich. Renault schließt, er sei weder für, noch gegen Dreyfus, aber er werde ihn nicht für unschuldig halten, solange der Widerspruch, welcher ihn verurtheilt hat, bestehen wird; er sei aber nicht der Ansicht, daß, um die Armee zu ehren, es notwendig sei, den Richterstand zu entehren. (Weisfall.) Rose beantwortet die Vorlage, denn selbst wenn sie ein Gelegenheitsgesetz sei, müsse man sie annehmen, da es sich um das Wohl des Landes handle und weil sie den Agitationen ein Ende machen werde. (Weisfall im Centrum.) Der Justizminister Lebret, der nunmehr das Wort nimmt, bestritt, daß es sich um ein Gelegenheitsgesetz handle, denn es designire nicht Personen zu Richtern, die außerhalb des Richterstandes stehen. Die Vorlage sei bestimmt, der Agitation ein Ende zu machen, welche das Land beunruhige, sie entpöndre den Wünschen der Bevölkerung. (Weisfall und Widerspruch.) Die Regierung sei überzeugt, daß das höchste Interesse des Landes die Einbringung des Gesetzes erforderlich mache, ebenso wie das höchste Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit. Die Vorlage entspreche der Ansicht des ersten Präsidenten des Kassationshofes. (Neuer Lärm und Weisfall.) Wilerand führt aus, Mazeau sei garnicht der Mann, der Kammer Vorschriften über ihre Haltung zu machen und ihr eine politische Richtschnur zu geben. Die Vorlage werde die neuen Richter keineswegs der Fluth von Verleumdungen entziehen, deren Gegenstand die Rätze der Kriminalkammer sind. Man habe bereits begonnen, gewisse Richter der übrigen Kammern des Kassationshofes anzugreifen; die Vorlage sei eine Prämie auf Verleumdungen, sie werde die Agitation ins Unendliche verlängern; es genüge, auf die zu sehen, welche sie vertheidigen, damit die Republikaner ihre Pflicht begreifen. (Heftiger Tumult.) Ministerpräsident Dupuy bezieht die Tribüne.

Duesnay verlangt nach den drei Untersuchungen Mazeaus jetzt eine vierte, denn er habe einen Brief erhalten, wo Folgendes erzählt werde: Ein Geniehauptmann des Generalstabs verichert, der Nachrichtenendienst habe erkundet, daß Richter Bard vier Tage vor der öffentlichen Verhandlung seinen Bericht einer Versammlung vorgelesen habe, wo auch Clemenceau, Labori und Reinach anwesend waren. Der Offizier, der dies mittheilt, ist bereit, als Zeuge darüber auszusagen.

Ueber den Lustmord in Lille, den wir bereits meldeten, liegen heute folgende Einzelheiten vor: Ort der That ist eine Klosterschule. Seit Sonntag wurde daselbst der 11jährige Schüler

Namens Foveau vermißt. Trotz der eifrigsten Nachforschungen seitens des Personals und der Polizei, die selbst den benachbarten Kanal durchsuchte, blieb der Knabe verschwunden. Gestern früh jedoch, als der Hausmann gerade das Sprechzimmer austreten wollte, bemerkte er darin einen Sad. Er enthielt die Leiche des jungen Foveau, der erdrosselt und vergewaltigt war. Daneben befand sich eine leere Kiste, die bestimmt gewesen zu sein schien, den Sad mit der Leiche aufzunehmen, und nicht weit davon wurde ein Bettel aufgehoben, worauf die Worte standen: „Recht die Gemeinschaft nicht des Verbrechens. Nur einer ist der Schuldige.“ Nun begab sich die Staatsanwaltschaft sofort in die Schule in der Rue de la Monnaie und begann die Untersuchung. Das gesammte Personal mußte eine Schriftprobe ablegen. Nur einer der Brüder weigerte sich energisch zu schreiben. Dann wurden sämmtliche Mönche mit der Leiche konfrontirt. Bruder Flavinius, derselbe, der nicht hatte schreiben wollen, war der erste. Er legte eine große Unruhe an den Tag, die den Richtern sofort auffiel, und äußerte dann aus freien Stücken die Worte: „Bardon für die Bruderschaft. Ich bin unschuldig und habe das Verbrechen nicht begangen.“ Trotzdem wurde der Mönch sofort verhaftet. Es scheint, daß die Leiche in der Nacht in das Sprechzimmer gebracht wurde, um hier in die Kiste verpackt und dann in den dem Kloster benachbarten Kanal geworfen zu werden. Wahrscheinlich wurde der Verbrecher bei dieser Arbeit gestört. Als die That in Lille bekannt wurde, bemächtigte sich der Bevölkerung eine große Wuth gegen die Mönche. In der Rue de la Monnaie sammelten sich Abends über 3000 Personen vor der Klosterschule und schrien unaufhörlich: „An den Galgen mit ihnen! Diebstahl her!“ u. Sowohl hier, wie an anderen Klosterorten der Stadt, wurden sämmtliche Fenster eingeworfen. Mönche und katholische Geistliche, die sich auf der Straße zeigten, waren der grüßlichsten Insultirung seitens der Bevölkerung ausgesetzt, sodaß die Polizei alle Mühe hatte, weitere Gewaltthatigkeiten zu verhindern. Fünf- und zwanzig Personen wurden verhaftet und in Haft gehalten. Man befürchtet, daß sich die Kundgebungen heute und am Sonnabend, dem Tage der Beerdigung des ermordeten Schülers, wiederholen werden.

Spanien. Im Ministerrath wurde festgestellt, daß die Interessen Spaniens es erforderten, die Karolinen nicht zu veräußern, trotz der Anerbietungen verschiedener Mächte.

Indien. In Poona durch die Ermordung der Brüder Dravid hervorgerufene Aufregung ist durch einen Vorfall, der sich vorgestern Abend auf dem Polizeibureau zugetragen, noch gewachsen. Mehrere Mitglieder der Bande, welche von Damodar und Chapelar, den später hingerichteten Mördern der britischen Offiziere Rand und Ayrer gebildet worden ist, sollten gerade vernommen werden, da feuerte der jüngste Bruder Chapelars auf einen eingeborenen Polizeichef einen Revolverknall ab, der fehlging. Chapelar rühmte sich, die Brüder Dravid getödtet zu haben und erwähnte gleichzeitig einen gewissen Kanade, der als sein Komplize verhaftet wurde.

Die Ungültigkeitserklärung der Wahl Mataafas zum König von Samoa durch den Oberrichter Chambers wird jetzt von englischer Seite durch Bezugnahme auf die Protokolle des Berliner Samoa-Vertrages zu rechtfertigen gesucht. Aus diesen geht hervor, daß der damalige deutsche Staatssekretär des Aeußern Graf Bismarck das Prinzip des Wahlkönigthums nur unter der Bedingung annahm, daß Mataafa ausgeschlossen bleibe wegen der Schandthaten, die unter seiner Herrschaft gegen die todteten und verwundeten Deutschen auf dem Schlachtfelde begangen waren. — Wenn dem so wäre, dann würde die deutsche Regierung jetzt sicherlich nicht die Wahl Mataafas unterstützen und acceptirt haben. Wie geistig und daher verdächtig die englischen Darstellungen über die letzten Vorgänge auf Samoa sind, ergibt sich aus dem Inhalt des nachstehenden Telegramms, der gleichzeitig erkennen läßt, daß das Verhältnis zwischen Engländern und Deutschen auf Samoa in hohem Grade gespannt ist: London, 10. Februar. Lange Postberichte schieben den Deutschen alle Schuld an den samoanischen Unruhen zu. Ein früherer deutscher Offizier von Bilow soll Mataafas Armee in der Schlacht geführt haben. Der Kommandeur des englischen Kreuzers „Porpoise“ und der britische Konsul trafen die ersten Schritte, Malietoa von den Rebellen zu befreien, welche auf sie feuerten. Der deutsche Konsul versuchte Mataafas Anhänger zum Widerstand gegen die Landung von britischen Matrosen zu bewegen. Die Postberichte bestätigen, daß der Konsul Mataafa anerkannte. Die Passagiere des australischen Dampfers „Moana“, welcher Postmeldungen von Samoa nach San Francisco brachte, erzählen, der Kommandeur des „Porpoise“ habe eine Proklamation erlassen, falls die konstituirte Autorität durch Deutsche oder Eingeborene verletzt werde, würde er auf die Stadt und den deutschen Kreuzer „Falke“ schießen. Der „Porpoise“ machte klar um Gesecht, und der Kommandeur des „Falke“ schickte einen Offizier an Bord, um Aufklärung zu verlangen. Der Kommandeur des „Porpoise“ erwiderte: „Sagen Sie Ihrem Kapitän, er solle mit seinem Schiff zum Habes gehen. Der Engländer sagt mir, was er nicht meint.“ Die Botschaft hatte angeblich den Erfolg, die Autorität Chamber's zu bewahren und die Ermordung Malietoa's zu verhindern. — Nach Meldungen aus San Francisco ist Dr. Raffel unter dem Namen Dr. Kramer dort angekommen und begiebt sich mit wichtigen Dokumenten nach Berlin.“ — Die „World“, der diese Meldung entnommen ist, gibt im Allgemeinen nicht als besonders zuverlässig. Unzutreffend ist zweifellos die Rolle, die in vorstehendem Bericht dem Kommandanten des deutschen Kreuzers „Falke“ zugewiesen wird. Ein deutscher Marineoffizier läßt sich nicht durch unverächtliche Worte eines Engländers einschüchtern.

Derliches und Sächsisches.

Freiburg, den 11. Februar.

Das königl. Oberhofmarschallamt giebt bekannt, daß am königlichen Hofe Mittwoch, 22. Februar, und Mittwoch, 8. März, je ein kleines Hofkonzert und am Donnerstag, 3. April, ein großes Hofkonzert in Aussicht genommen sind. Beim großen Hofkonzert, am 3. April, zu dem die Hofgesellschaft durch Ansfage eingeladen werden wird, können Vorstellungen angemeldeter Damen und Herren stattfinden.

In einer ministeriellen Verordnung wird mit Rücksicht auf die Krankenversicherung eine Entscheidung über Verteilung der Kassenmitglieder in die verschiedenen statutarischen Klassen gegeben, dann giebt das Ministerium des Innern eine Auslegung des Begriffes „Unterstützungsfall“, die, wenn auch hierbei eine ganz bestimmte Klasse in Frage kommt, doch von allgemeinerem Interesse ist. „Unterstützungsfall“ im Sinne von § 21 des Kassenstatutes ist, wie das Ministerium darlegt, nicht gleichbedeutend mit thatsächlicher Unterstützungsleistung aus der Kasse, sondern bezeichnet den Fall, in dem der durch die Kassenmitgliedschaft im allgemeinen erworbene Unterstützungs-

anspruch fällt der Berechtigter verwirklicht solchen Fall hierauf zunächst lichen Wind für die von Erweiterung — Zu Das sachl. geben, daß jährige Dien — Gest ausföhrlich statt. Der Freiberg be Ray in F Freiberg Martin 2 Lehrbezirk berichtet, de von das er Abtrennung Bearbeitung der Berathungen Lehrbezirk Bahmeiste die seitens Geuches u abschlägig nicht reklan nicht nach — De für Bede Ausgabe folgende halt erfolg Monaten abtungen hat sich u Einweihun unentgeltl statterfolg entwicelt für das g so stellt in suchungen 10. Dege Juni 189 tober bis gänge. I Industrie Industrie ämter de angehört auf: Der reich-ung Norwege sendunge entfielen berg 45. Bundesst Belleidur Württem 918 Ein die Wit 249, di Jahresb begonen Gebrauch in 175, Diverfes Gebieten — im Mor zeigten Aufbewe totaler I steckbrief blatt, und in — 2 w im berf Nacht 7 wegen frieden's wegen Freiberg stellung vorföhrlich Znempr Vertrei Ausöbde Berstos welen, und de schlagu reizung darmer beschäd Profitt bände, die ge aus t Dinge kanner der li Aufföhr Schlaf mit L entfar biffige wesen Reuß auf d Anzei Seite zwar